

Schüler fragen, Politiker antworten

Diskussion über Flüchtlingsfrage im Georg-Kerschensteiner-Berufsbildungszentrum

„Flüchtlingskrise: Von der Willkommenskultur zur Fremdenfeindlichkeit?“ Anlässlich des Gedenktags zum 9. November haben Schüler der Berufsbildenden Schule (BBS) Technik 1 und 2 mit Landtagsabgeordneten diskutiert. Zu Gast waren Bernhard Braun (Grüne), Marion Schneid (CDU) und Anke Simon (SPD).



Dutzende Schüler und drei Politiker: Aufgeschlossen stellten sich Marion Schneid, Bernhard Braun und Anke Simon (von links) den Fragen. FOTO: KUNZ

Der 9. November 1938 und die Reichsprogrome stehen als Sinnbild für Fremdenfeindlichkeit und Unterdrückung von Menschen. Auch heute ist mit der Flüchtlingskrise das Thema Fremdenfeindlichkeit wieder aktuell. Die Stimmung scheint immer weiter von einer Willkommenskultur zur Ablehnung von Fremden und Fremdem zu kippen, wie ein kurzer Zusammenschnitt von Fernsehnachrichten zum Einstieg zeigte.

Bei der Frage nach den Ursachen dieses Stimmungswandels herrscht bei den Politikern Einigkeit. Den Gedanken vieler Menschen, man verliere durch die Flüchtlinge selbst etwas, machen Schneid und Braun als einen

Treiber aus. Gleichzeitig betonten sie, dass dies nicht korrekt sei. „In unserer Gesellschaft halten sich Gerüchte, die nichts mit Fakten zu tun haben. Niemandem wird etwas weggenommen. Vielmehr glaube ich, dass wir am Ende positive Effekte sehen werden“, so Braun. Für Simon steht die Politik in der Pflicht, geregelte Strukturen zu

schaffen. „In Ludwigshafen sind wir mit unseren Maßnahmen auf einem guten Weg. Die Befürchtungen der Einwohner sind nicht eingetroffen.“

Mangelnde Bildung, fehlende Zufriedenheit mit der eigenen Gesamtsituation, die Angst vor Fremdem und einem möglichen Abstieg sowie die Suche nach Anerkennung nähren

rechtsradikale Gedanken aus Sicht der Politiker. Einig sind sich die Landtagsabgeordneten darin, dass Bildung in Schulen und Elternhaus hier eine zentrale Rolle spielt. „Aufklärung und Bildung sind ungeheuer wichtig, um zu sehen, welchen Weg junge Menschen einschlagen und dagegen zu wirken, wenn dieser falsch ist“, meint Schneid. Die Problematik mangelnder Mittel für Schulen, die vom Plenum angesprochen wird, erkennen die Politiker an. Bürokratische Regeln erschweren jedoch schnelle Verbesserungen.

Neben den Folgen der Flüchtlingskrise für unser Gesundheitssystem thematisierten die Schüler in der anderthalbstündigen Diskussion auch deutsche Waffenlieferungen in arabische Länder als Krisenherd. Und mit den vielen Fragen folgten sie schon dem abschließenden Rat der Gäste, sich in die Politik einzubringen, Parteien aktiv auf Probleme anzusprechen und sich nicht nur vertreten zu lassen, sondern seine eigene Meinung zu vertreten. |soh